

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung (Nr. 6/23-27) des Fachausschusses „Verkehr“ am Donnerstag, den 14.08.2025, von 18.00 Uhr bis 19.45 Uhr im Bürgerhaus Obervieland, Alfred-Faust-Str. 4, 28279 Bremen**

**Anwesende:** Stefan Antepohl, Werner Bohlmann, Jörg Dreier, Klaus Sager, Jens Schiermeyer, Ewald Stehmeier, Stefan Steinmeyer, Frank Seidel (nicht stimmberechtigt)

**Fehlend:** Roman Fabian

**Sitzungsleitung und Protokoll:** Michael Radolla (Ortsamt Obervieland)

#### **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Der **Sitzungsleiter** bittet darum, als neuen TOP 2 den Sachverhalt der geplanten BSAG-Linienänderungen ab 18.08.2025 (Linien 29 und 52, neue Linie 23) auf die Tagesordnung zu nehmen. Herr Sager habe bereits im Vorwege der Sitzung um diese Ergänzung gebeten.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird mit der oben genannten Ergänzung genehmigt. (Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen)

#### **TOP 2 Geplante BSAG-Linienänderungen zum 18.08.2025 (Linien 29 und 52, neue Linie 23)**

Der **Sitzungsleiter** berichtet, die BSAG wolle vor dem Hintergrund der beiden Großbaustellen A1 und 281 ab dem 18.08.2025 Änderungen der Streckenverläufe für die Linien 29 und 52 vorsehen. Danach solle die Linie 29 fortan ausschließlich rechts der Weser verkehren, die Linie 52 werde künftig über den Kirchweg und die Kornstraße nach Huckelriede als Endhaltestelle geführt. Somit werde der Arsterdamm und das Kattenturmer Zentrum von den Linienführungen abgekoppelt. Als zusätzliche Linie werde ab diesem Zeitpunkt die Linie 23 eingerichtet, die von der Huckelriede über die Habenhauser Landstraße und die Karl-Carstens-Brücke zur Universität geführt werden soll (mit Taktabstimmung auf die Linie 22). Zu den geplanten Änderungen habe die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) mitten in den Sommerferien und mit einer sehr kurzen Frist zur Stellungnahme von 14 Tagen informiert. Der Koordinierungsausschuss hatte das Vorhaben seinerzeit zur Kenntnis genommen.

**Herr Sager** kritisiert die geplanten Änderungen sehr deutlich, da sie einen erheblichen Einschnitt in das ÖPNV-Angebot des Stadtteils bedeuten würden. In diesem Zusammenhang beklagt er zudem, dass BSAG/SBMS nicht vorab auf den Stadtteil zugekommen seien.

**Die übrigen Ausschussmitglieder** teilen diese Sichtweise.

Im Ergebnis einer kurzen Diskussion schlägt der **Sitzungsleiter** vor, dem Ressort trotz bereits abgelaufener Rückmeldefrist eine Stellungnahme des Ausschusses zukommen zu lassen, in der dieser das Verfahren entsprechend kritisiert und er gleichzeitig erwartet, bei künftigen Überlegungen zu Linienanpassungen ausreichend rechtzeitig im Vorwege eingebunden zu werden.

**Die Ausschussmitglieder** unterstützen diesen Vorschlag übereinstimmend.

#### **TOP 3 BSAG-Haltestelle Martin-Buber-Straße stadteinwärts: Unzulässiges Parken im Haltestellenbereich (Bürgereingabe)**

**Der antragstellende Bürger** berichtet, sehr häufig würden Kund:innen der benachbarten Ladenzeile am Arsterdamm im direkten Bereich der BSAG-Haltestelle Martin-Buber-Straße (stadteinwärts) parken. Und dies nicht nur auf der sogenannten Restverkehrsfläche (Kopfsteinpflaster), sondern auch im Bereich der Haltestellenaufstellfläche (Gehwegplatten). Die dort verkehrenden Gelenkbusse der Linie 26 würden in der Folge so in die Haltestelle einfahren, dass die Türen der Busse trotz der

parkenden Fahrzeuge frei blieben. Das Heck des Busses rage aber bedingt dadurch teilweise bis in die Einmündung Martin-Buber-Straße zurück und versperre den dort wartenden Kfz und Radfahrern den Weg.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass die Ausschussmitglieder das zeitweise Parken auf der Restverkehrsfläche angesichts der räumlichen Situation für grundsätzlich vertretbar halten, für das dauerhafte Freihalten der Haltestellenaufstellfläche (Bereich Gehwegplatten) aber gehandelt werden müsse.

**Herr Stehmeier** schlägt für diesen Bereich die Aufstellung von Sperrpfosten vor. Zudem könnte die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung gebeten werden zu prüfen, ob im Bereich der Restverkehrsflächen im Verlauf der Ladenzeile reguläre Parkbuchten angelegt werden könnten. Dies habe der Beirat bereits in früheren Jahren gefordert, sei aber seinerzeit insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt worden.

**Die übrigen Ausschussmitglieder** unterstützen diese Vorschläge und der Ausschuss fasst folgenden **Beschluss:**

**Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, im Haltestellenbereich Martin-Buber-Straße (stadteinwärts, Bereich Gehwegplatten im Abstand) Sperrpfeiler zur Verhinderung verkehrswidriger Parkvorgänge aufzustellen. Daneben bittet der Beirat um Prüfung, ob entlang der dortigen Ladenzeile am Arsterdamm bauliche Parkbuchten im Bereich der derzeitigen Restverkehrsflächen (Kopfsteinpflaster) errichtet werden können.**

**Begründung:**

**Zum Erreichen der o.g. Ladenzeile stellen Kund: innen ihre Fahrzeuge mangels anderer Alternativen regelmäßig im Bereich der BSAG-Haltestelle Martin-Buber-Straße ab. Dies hat allerdings zur Folge, dass die Busse den Haltestellenbereich dann nicht vollständig nutzen können und mit dem hinteren Fahrzeugbereich zum Teil bis in die Einmündung der Martin-Buber-Straße hineinragen und diese versperren. Im Hinblick darauf hält der Beirat es für notwendig, den direkten Haltestellenbereich (Bereich Gehwegplatten) mit Sperrpfosten für den Busbetrieb freizuhalten. Mit der Anlage von Parkbuchten entlang der Ladenzeile könnten hier zudem dringend benötigte alternative Abstellmöglichkeiten geschaffen werden. Der Beirat bittet daher deren Einrichtung in diesem Bereich zu prüfen.**

*(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen)*

**TOP 4 Holzdamm/Fellendsweg: Mögliche Aufbringung unterstützender 30 km/h-Markierungen im dortigen Zone 30-Bereich (Bürgereingabe)**

**Die antragstellende Bürgerin** erklärt, aus Ihrer Sicht, die auch aus großen Teilen der Nachbarschaft geteilt werde, werde trotz der eingerichteten 30er-Zone in den benannten Straßenzügen deutlich schneller gefahren. Dies beziehe sich auch auf das benachbarte „Dichterviertel“ mit Zufahrt über die Fontanestraße. Ein möglicher Grund für die erhöhte Geschwindigkeit könnten die eher schlecht wahrnehmbaren Zonen-Eingangsbeschilderungen sein. Sie schlage daher vor, an den jeweiligen Eingangssituationen von Fellendsweg, Holzdamm und Fontanestraße eine unterstützende 30er-Markierung auf der Fahrbahn vorzusehen und diese im Holzdamm und Fellendsweg im Kurvenbereich (Deichzugang beim Übergang Fellendsweg auf Holzdamm) nochmals zu wiederholen.

Nach kurzer Diskussion kommen **die Ausschussmitglieder** überein, zunächst die drei Markierungen in den jeweiligen Eingangsbereichen unterstützen zu wollen. Über mögliche weitere Markierungen könnte dann nach einer Beurteilung des Erfolgs der ersten Maßnahme entschieden werden.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, in den Straßenzügen Holzdamm (Einfahrtbereich von der Habenhauser Dorfstraße), Fellendsweg (Einfahrtbereich von der Habenhauser Landstraße) und Fontanestraße (Einfahrtbereich von der Habenhauser Landstraße) jeweils hinter der Zone 30-Beschilderung unterstützende 30er-**

**Markierungen auf der Fahrbahn aufzubringen. Der Beirat stellt für die Umsetzung eine Finanzierung aus seinem Stadtteilbudget in Aussicht.**

**Begründung:**

In den o.g. Straßenzügen ist immer wieder ein erhöhtes Geschwindigkeitsniveau zu beobachten, was auch daran liegen könnte, dass die Zone 30-Eingangsbeschilderungen in Einzelfällen nicht wahrgenommen werden. Diese Wahrnehmung soll durch die geforderten Markierungen entsprechend verbessert werden. Umsetzungen in vergleichbaren Straßenzügen in der Vergangenheit haben bereits gezeigt, dass diese Unterstützungsmarkierungen positiv auf eine Absenkung des Geschwindigkeitsniveaus im jeweiligen Umfeld einwirken können.

*(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen)*

**TOP 5 Hans-Hackmack-Straße/in Höhe Felix-von-Eckhardt-Straße: Mögliche Einrichtung einer Querungshilfe (Bürgereingabe)**

Der **Sitzungsleiter** teilt mit, der antragstellende Bürger sei für diese Sitzung kurzfristig verhindert und könne daher den Sachverhalt nicht persönlich vorstellen.

Zudem finde am 22.08.2025 ein Informationstermin des Ressorts für die Beiräte statt, bei dem inhaltlich insbesondere über die nach Änderung der Straßenverkehrsordnung neuen Möglichkeiten zur Anlage von Querungshilfen innerhalb von 30er-Zonen gesprochen werden soll. Er schlage daher vor, diesen Informationstermin zunächst abzuwarten und den Sachverhalt in der kommenden Sitzung (dann voraussichtlich auch in Anwesenheit des antragstellenden Bürgers) erneut aufzurufen.

**Die Ausschussmitglieder** stimmen diesem Vorschlag übereinstimmend zu. Der Sachverhalt wird somit für die nächste Sitzung des Ausschusses vorgetragen.

**TOP 6 Pfarrfeldsweg: Mögliche Einrichtung eines 30 km/h-Streckengebotes (Bürgereingabe)**

Die antragstellende Bürgerin berichtet (unterstützt von weiteren Anwohner: innen des Straßenzuges), mittlerweile habe im Pfarrfeldsweg ein Generationenwechsel stattgefunden. In diesem Zuge seien viele junge Familien mit Kindern zugezogen. Der Straßenzug erfülle zudem eine wichtige Funktion als Schulweg zur Grund- und Oberschule Habenhausen am Bunnsackerweg. Gleichzeitig diene er aber auch als ÖPNV-Strecke für die Gelenkbusse der BSAG-Linie 26. Der Straßenquerschnitt sehe allerdings lediglich eine mit insgesamt 5,50 m untermaßige Fahrbahn sowie zu beiden Seiten schmale Gehwege vor. Separate Radwege seien nicht vorhanden, somit müssten Radfahrer: innen entsprechend die Fahrbahn mitbenutzen. Aus den vorgenannten Gründen sei daher aus Sicht der Anlieger die Einrichtung eines 30 km/h-Streckengebotes dringend notwendig.

Die Ausschussmitglieder unterstützen die Forderung grundsätzlich, machen aber auch deutlich, dass es in der Vergangenheit bereits mehrere erfolglose Anläufe in diese Richtung gegeben habe. Dies liege unter anderem daran, dass der Straßenzug bislang nicht als Unfall-Hotspot aufgefallen sei, es dort keine sozialen Einrichtungen gebe und er aufgrund des dort verkehrenden ÖPNV zum sogenannten Vorbehaltsnetz der Stadtgemeinde Bremen gehöre, was wiederum die Möglichkeiten des Stadtteils hinsichtlich entsprechender Umsetzungen weiter einschränke.

Der Ausschuss wolle aber dennoch die Forderung der Anlieger zum Anlass nehmen, seinerseits erneut eine entsprechende Umsetzung bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung einzufordern.

Im Anschluss fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, für den Straßenzug Pfarrfeldsweg ein 30 km/h-Streckengebot einzurichten.**

**Begründung:**

**Der Pfarrfeldsweg ist ein insbesondere von Schüler: innen der Grund- und Oberschule Habenhausen sehr stark frequentierter Straßenzug, dabei aber gleichzeitig baulich nur mit einer untermaßigen Fahrbahn (5,50m) und schmalen Nebenanlagen (ausschließlich Gehwege)**

ausgestattet. Zudem verkehren dort in einer 15-minütigen Taktfrequenz Gelenkbusse der Linie 26 in Richtung und Gegenrichtung. Diese Taktfrequenz könnte sich im Rahmen der Planungen zum Metrobus-Liniennetz (Teilfortschreibung Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025) noch verdoppeln. Im Hinblick auf die Schulwegsicherung und die infrastrukturellen Rahmenbedingungen hält der Beirat die Einrichtung eines 30 km/h-Streckengebots im Straßenzug für dringend erforderlich. *(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen)*

**TOP 7 Arster Landstraße (zwischen In der Tränke/Hinter dem Vorwerk und Arster Heerstraße): Probleme im Begegnungsverkehr der Linienbusse (Beschlussfassung)**

Der Ausschusssprecher erklärt, seit der letzten Befassung dieses Sachverhaltes im Ausschuss seien mittlerweile 14 Monate vergangen. Seinerzeit habe insbesondere das Verkehrsressort eine kurzfristige Lösungsfindung blockiert, gleichzeitig aber zugesagt, im Anschluss zeitnah mit allen maßgeblichen Akteuren weiter ins Gespräch kommen zu wollen. Trotz mehrfacher Nachfrage des Ortsamtes im Ressort sei jedoch bis heute kein solches Gespräch zustande gekommen. Dies müsse aus seiner Sicht nun seitens des Beirates deutlich eingefordert werden.

Die übrigen Ausschussmitglieder unterstützen diese Sichtweise und der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

**Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, ohne weiteren zeitlichen Verzug und unter Einbeziehung des Beirates, des Amtes für Straßen und Verkehr sowie der Bremer Straßenbahn AG eine Lösung für die derzeitigen Probleme mit Begegnungsverkehren von Linienbussen und LKW (sowohl untereinander als auch miteinander) in der Arster Landstraße im Abschnitt zwischen In der Tränke/Hinter dem Vorwerk und der Arster Heerstraße zu erarbeiten und parallel dazu eine dringend erforderliche Fahrbahnsanierung für den benannten Straßenabschnitt vorzusehen.**

**Begründung:**

Der Beirat hatte den Sachverhalt bereits im Mai 2024 im Rahmen einer Fachausschusssitzung mit den genannten Akteuren befasst. Dabei waren verschiedene Lösungsansätze (u.a. Einrichtung einer Einbahnstraße und teilweise Herausnahme des ÖPNV) diskutiert, insbesondere von Seiten des Ressortvertreters jedoch zunächst als nicht umsetzbar zurückgewiesen worden. Stattdessen war dem Beirat zugesagt worden, im Nachgang der Sitzung zeitnah eine gemeinsame Lösungsfindung fortsetzen zu wollen. Dies ist allerdings trotz mehrfacher Nachfrage des Ortsamtes im Ressort in den vergangenen 14 Monaten seit der Fachausschussbefassung nicht geschehen.

Im Hinblick auf den aus Sicht des Beirates unhaltbaren Zustand vor Ort (nicht zuletzt auch bezüglich des Teilaspektes der Schulwegsicherung) fordert der Beirat die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, nun unverzüglich den Prozess der Lösungsfindung mit den genannten Akteuren voranzutreiben.

*(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen)*

**TOP 8: Maßnahmen zur Finanzierung/Umsetzung aus dem Stadtteilbudget des Beirates bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung  
hier: Sanierung Verbindungsweg zwischen Marktplatz Heukämpendamm und Otto-Wels-Straße**

**Beschluss:**

**Der Fachausschuss Verkehr empfiehlt dem Beirat, dem Amt für Straßen und Verkehr für die Umsetzung der Maßnahme 38.875,23 € aus seinem Stadtteilbudget zur Verfügung zu stellen.**

*(Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung, 7 Ja-Stimmen)*

**TOP 8 Verschiedenes**

**Herr Antepohl** weist auf eine kürzlich in der Presse erschienene Unfallstatistik für die Stadtteile Links der Weser hin. Er schlägt vor, sich diese Statistik (heruntergebrochen auf den Stadtteil Obervieland) in einer kommenden Sitzung vorstellen zu lassen.

→ **Der Sitzungsleiter** sagt eine Aufnahme in den Themenspeicher zu.

**Herr Sager** erinnert an eine Beschlussfassung zum Kirchweyher Weg im vergangenen Jahr. Dazu habe es bis zum heutigen Tage noch keine Rückmeldung seitens des Ressorts gegeben.

→ **Der Sitzungsleiter** teilt mit, das Ortsamt habe das Ressort aktuell an die Beantwortung erinnert.

**Herr Seidel** weist auf zwei kürzlich erfolgte Baumfällungen im Kattenescher Weg hin. Dort ragten nun (wie schon in der Vergangenheit in einem anderen Fall) die Baumstümpfe heraus und bildeten insbesondere in der Dunkelheit eine Unfallgefahr. Er bitte darum diese zeitnah heraus zu fräsen.

→ **Der Sitzungsleiter** sagt eine Weitergabe an den Umweltbetrieb Bremen zu.

gez. Radolla  
Sitzungsleitung und Protokoll

gez. Stehmeier  
Ausschusssprecher